

II-11148 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich


Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

Wien, am 08. Sep. 1993
GZ: 10.101/359-X/A/5a/93

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

5163/AB

1993-09-10

zu 5292/J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5292/J betreffend dringende Bau- und Sanierungsmaßnahmen im OLG Sprengel Linz, welche die Abgeordneten Dr. Gaigg, Mag. Kukacka und Kollegen am 15. Juli 1993 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Welche Sanierungsmaßnahmen sind im Bereich des OLG Linz an den genannten Bezirksgerichten für die Jahre 1994, 1995 und 1996 geplant?

Antwort:

Umfangreichere Sanierungen werden wegen der Enge des finanziellen Rahmens meistens in Etappen und über mehrere Jahre verteilt abgewickelt. Die durchzuführenden Maßnahmen werden auf Basis der zur Verfügung stehenden Mittel mit dem Rahmenbau- und dem Bauprogramm

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

für den staatlichen Hochbau jeweils im Dezember für das folgende Jahr festgelegt. Bindende Zusagen für 1994 oder darüber hinaus können heute daher nicht gegeben werden.

Die Generalsanierungen der Bezirksgerichte Bad Leonfelden, Lembach und Neufelden werden seit Jahren betrieben. In Bad Leonfelden stehen Maßnahmen im Umfang von 3,0 Mio. Schilling (Fassade, Dachsanierung) aus, in Lembach um 4,0 Mio. Schilling (Fertigstellung des Verhandlungssaales, Trockenlegung des Kellers, Schleifen des ehemaligen Wirtschaftsgebäudes, Hofraumsanierung) und in Neufelden um 3,0 Mio. Schilling (Fassade, Sanierung des Erdgeschosses). Bei den Gerichten Lembach und Neufelden kommt zu den budgetären Schwierigkeiten noch die Diskussion um mögliche organisatorische Änderungen im Bereich des Bundesministeriums für Justiz hinzu.

In Gmunden ist die Adaptierung und Sanierung des ehemaligen Gefangenenhauses heuer abgeschlossen worden. Die Planung für die Erneuerung des Hauptgebäudes liegt zur Genehmigung vor. Die Gesamtkosten samt Lifteinbau betragen 24,0 Mio. Schilling.

Die Maßnahmen beim Bezirksgericht Bad Ischl umfassen die Erneuerung der Hoffenster, der Hoffassade, der Brettlböden und der Heizung mit Kosten von etwa 2,0 Mio. Schilling. Weiters sind durch die Ausrüstung der Bezirksgerichte mit EDV weitere Baumaßnahmen (Erneuerung der Elektroleitungen, Maler, etc.) erforderlich.

Punkt 2 der Anfrage:

Werden bei der Vergabe der Bau- und Sanierungsaufträge beschäftigungspolitische und konjunkturfördernde Gesichtspunkte berücksichtigt?

~~Republik Österreich~~
Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 3 -

Antwort:

Bei der Festlegung der Dringlichkeit von Neubauten und Adaptierungen können beschäftigungspolitische und konjunkturfördernde Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Im Vergabeverfahren von Bauleistungen lassen dies die haushaltsrechtlichen Vorschriften nicht zu.

Punkt 3 der Anfrage:

Ab wann kann mit dem Beginn des Neubauprogrammes im Bereich des OLG Linz (Zubau Pochestraße, Bezirksgericht Wels und Generalsanierung BG Grünburg) gerechnet werden?

Antwort:

Der Baubeginn beim Landesgericht Linz mit dem Abschnitt "Bezirksgericht" ist nach der Fertigstellung und dem Bezug des Zellen- und Bürotraktes für das Gefangenenhaus möglich. Der Beginn ist für 1994 vorgesehen.

Die Planung für die Erweiterung des Kreisgerichtes Wels nach dem Ankauf des ehemaligen Rot-Kreuz-Hauses wird demnächst abgeschlossen sein. Der Baubeginn ist ab Mitte 1994 möglich.

Wegen einiger Schwierigkeiten bei der Absiedlung eines Mieters ist der Abschluß der Planung beim Bezirksgericht Grünburg erst 1994 zu erwarten.

